

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verteiler, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Ergauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Demut, Streik, Betriebsstörung usw. erfüllt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldpfennig, für außerhalb des Wohnortes 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklamenteil 30 Goldpfennig, einschli. Umlagesteuer. Schmälerer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesahle.

Nr. 133.

Sonnabend, den 5. November 1932.

35. Jahrg.

Bapens Wahlrede

Reichskanzler von Papen hielt im Rundfunk eine Ansprache, in der er ausführte:
Der Wahlkampf nähert sich dem Ende. Da ist es Aufgabe des verantwortlichen Staatsmannes, dem deutschen Volke noch einmal ein klares Bild der Lage und seiner Zukunft zu geben. Tiefste Trauer muß die Brust jedes Patrioten erfüllen, wenn er die geistige Zerrissenheit seines Volkes sieht — tiefe Trauer, wenn er sieht, wie das Verkommen, die Unruhe und das Verfallene die Führer durch die deutsche Volkseele ziehen — und das alles in einem Augenblick, wo nationale Sammlung und Einheit es bedarf, um patriotische und wirtschaftliche Aufgaben zu lösen.
Um was geht der Streit? Er geht um die Verfestigung einer neuen Staatsführung, einer Staatsführung des Zusammenwirkens eines arbeitsfähigen Parlaments mit einer autoritären Regierung. Da ist es freilich nicht verwunderlich, daß

die Parteibürokratie, die bis heute geherfht hat, sich aufzumut und einen Kampf offer gegen alle inszeniert. Sie alle kennen diese Parteibürokratie zu gut, als daß ich Ihnen ihre Methoden, ihre Intrigen, ihre Einfälle, ihre politische Unfruchtbarkeit heute noch einmal zu schildern brauche.
Wie hatten wir seinerzeit den Kampftritt Hittlers. Gegen den Marxismus und für die nationale Erneuerung" bestritt. Wie hatten wir gehofft, daß er die der völkischen Lehre verfallene Arbeiterschaft der nationalen Sammlung zuführen sollte. Ihnes sein Einbruch in die Reihen der roten Front ist leider nur gering geblieben, und das ist sicherlich nicht die Schuld dieser Regierung, die ihm und seinen Propagandameistern zum letzten Wahlkampf und heute so freie Hand wie nur möglich gelassen hat. Aber es ist nicht verwunderlich, daß Herr Hittler in jenen Reihen keine Eroberungen macht, wenn er für die nationale Sammlung die gleichen Methoden des Massenkampfes, der Verleumdung und Verhetzung anwendet, in denen jene ihm weit überlegen sind.

Das große Ziel.

Das große Ziel, das die Reichsregierung verfolgt: die Beschaffung von Arbeit und Brot. Ist das Programm gescheitert? Im Gegenteil, aus allen Orten des Reiches meldet man die Botschaft der Wirtschaft. Das Programm ist erarbeitet, und wenn diese Verheerung der letzten Wochen nicht einen Teil des Vertrauens in der Vernunft des deutschen Volkes zu erschüttern gedroht hätte, dann wären wir heute schon viel weiter.

Wenn sich Herr Hittler in den gemeinsamen Zug mit dem großen nationalen Deutschland setzen will, dann darf er auch nicht die Schwelgenheit beibehalten, die Stellung der um die Gleichberechtigung und Selbstbeherrschung der Nation kämpfenden Regierung durch einen

Dolchstoß in den Rücken

zu schwächen. — Will eigentlich die nationalsozialistische Bewegung die Vormundschaft der Parteien über die Reichs- und Staatsführung abschaffen, oder will sie sie verewigen? Fast scheint das letztere der Fall. Denn vor dem 13. August hat sie uns in ihrer Presse aufgefordert, in Preußen Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Heute aber findet sie, daß das Eingreifen in Preußen unbedeutend war, beschließt mit den Kommunisten, daß die preussischen Beamten nicht zum Gehorsam gegen uns verpflichtet seien, und setzt das Parlament zum Schicksalsrichter über die Geschichte der Nation ein. Wo ist da Wahrheit, Klarheit? Um was es geht, ist dieses: Nicht auf dieser oder jener Parteiführer auf dem Kanzlerstuhl sitzt, nicht ob dieser Mann Hittler, Brüning oder Papen heißt. Es geht darum, daß wir uns zusammenfinden, um die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu sichern. Der Kampf, den diese Regierung führt, hat nichts im Auge als

Die Not der Familie

in Stadt und Land, an deren fargem Säugelische Hunger und Verzweiflung zu Gefte sitzen. Unser Amt ist wahrlich keine Herrschaft irgendeiner Klasse.

Diese Regierung vertritt keine Partei, und sie wird für keine Partei. Aber jeder, der es ernstlich mit Deutschland meint, sollte in diesem Wahlkampfe seine Stimme einer Partei geben, die das Ziel dieser Regierung unterstützt.

Unsere Arbeit bricht für uns. Man kann nicht in fünf Monaten sechs Millionen Arbeitslose von der Straße bringen und Reformen durchführen, auf die das Volk

Der neue „französische Plan“.

Für Völkerverbundarmee — gegen Berufsheer

Genf, den 4. November.

Das Büro der Vorkonferenz hörte in einer Sonder Sitzung vorüberfliegende Saale die große Erklärung des französischen Kriegeministers Paul Boncour über den neuen französischen Währungs- und Sicherheitsplan an. Paul-Boncour sprach eine Stunde lang frei mit großem rhetorischen Aufwand. Er führte u. a. folgendes aus:

Der „französische Plan“ sieht zwei Kreise von neuen vertraglichen Vereinbarungen vor. Der erste Kreis plant eine allgemeine, alle Völker umfassende Verpflichtung, die im wesentlichen auf dem Briand-Kellog-Vertrag aufbaut ist. Der zweite Kreis der vertraglichen Vereinbarungen soll, so führt Paul-Boncour fort, vom Völkerverbundvertrag und Locarnovertrag ausgehen, ohne daß eine zeitliche Veränderung dieser Verträge stattfindet. Ein solcher Vertrag muß besonders zwischen solchen Nationen abgeschlossen werden, deren beiderseitige Grenzen in den letzten Jahrhunderten oft überschritten worden sind. Ein derartig scharf untriffler und bestimmter Vertrag muß die Vereinheitlichung des Heeres, die entscheidende Herabsetzung der Wehrmacht und die Schaffung einer internationalen Armee zum Völkerverbund zur Verfügung stehenden Streitmacht zum Gegenstand haben.

Die Vereinheitlichung des Heeres muß von dem Gedanken ausgehen, daß jede militärische Macht relativ ist und daher auch die Herabsetzung nur relativ sein kann. Eine scharfe Unterscheidung muß auch zwischen dem Heer und den Polizeitruppen gefunden werden.

Das bewegliche Kriegsmaterial muß im wesentlichen der internationalen Streitmacht zur Verfügung gestellt werden, die zur Abwehr des ersten Angriffsvorfalles eingesetzt werden soll.

Die Frage der künftigen Form der Heere ist für die mitteleuropäischen Mächte von entscheidender Bedeutung. Die Berufsheere bilden infolge ihrer langjährigen Ausbildung und Durchorganisierung eine Angriffsarmee von entscheidender Bedeutung, die den Heeren der anderen Mächte überlegen ist. Die Vereinheitlichung der Heere gleichzeitig mit der Einschränkung der bisherigen Mobilisierung des ganzen Volkes im Angriffsfall an Stelle der Berufsheere und die internationale Streitmacht des Völkerverbundes bilden die entscheidende, bisher noch nicht geübte Bürgschaft für den Frieden. Die großen europäischen Großmächte müssen jetzt zu einem gleichen Typus ihrer Armeen gelangen. Das Ziel darf jedoch nicht die Schaffung gleichzeitiger Wehrstaaten sein, sondern entsprechend dem Hoover-Plan müssen die Verteidigungskräfte gekürzt und die Angriffskräfte der Länder herabgesetzt werden.
Auf dem Gebiete des Luftfahrwesens muß eine internationale Luftstreitmacht dem Völkerverbund zur Verfügung gestellt werden, um ein sofortiges Eingreifen des Völkerverbundes gegen den angreifenden Staat zu ermöglichen.

seit Jahren wartet. Aber überall ist der Anfang gemacht, die Reinkultur der Parteiherrschaft zu befestigen. In Preußen ist mit eigener Hand zugegriffen, um durch rigorose Sparmaßnahmen in der Verwaltung oben und unten die unerträglichen Lasten zu senken. Für die Landwirtschaft und die Befindung des Binnenmarktes sind Milliarden aufgewendet. Das gesamte Finanz- und Wirtschaftsprogramm ist ein Beweis eigener Kraft — nicht um einen Pfennig sind unsere Anstandsschulden vermehrt. All diese Arbeit soll gekrönt werden durch die Reform der Verfassung, die wir mit den Ländern und den Parlamenten durchzuführen hoffen.

Diese Erneuerung muß unser Ziel sein, wenn wir am 6. November wählen.

Deutschland ist nur zu retten, wenn alle wieder von dem Geiste der Gemeinschaft und Hilfsbereitschaft erfüllt sind, der einst im Schützenbunde den Geheimratssohn und den Bauerntochter zur Kameradschaft auf Tod und Leben verband. Wollen wir nicht endlich gemeinsam am Aufbau der Nation arbeiten?

Wollen wir nicht endlich die „Durchbruchschlacht deutscher Selbstbestimmung“ schlagen? Das ist die Schicksalsfrage, die ich vor allem auch an die große nationale Freiheitsbewegung Deutschlands richtet.
Ich muß an unsere Christenpflicht erinnern und an den tiefen Sinn des Opfers der zwei Millionen unserer besten Söhne. Wer Deutschland liebt, der folge dem Rufe seines geliebten Führers in Krieg und Frieden, der wie ein Wahrzeichen seine Hüpfende und gerechte Hand über unser Land hält.

Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Brachts Vorschläge an Braun.

Die Ausführungen des geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten Braun vor der Presse stützen auf einem Schreiben, das Reichsminister Bracht an den Staatssekretär Vredt gerichtet hatte. Darin hatte die kommissarische preussische Regierung u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der Reichskommissar der Regierung Braun das Haus in der Wilhelmstraße 64 nicht zur Verfügung

stellen könne, weil zu befürchten steht, daß dem Einzug demokratischer Charaktere zuzukommen, und weil im übrigen in diesem Hause die Arbeit der kommissarischen Regierung geleistet werden müsse. Im übrigen habe das preussische Urteil dem Reichskommissar die Gestalt und Verwaltung und der preussischen Regierung Braun nur einen Sektor der Verfügung zugewiesen. Die dem Ministerium Braun angebotenen Räume des Wohlfahrtsministeriums seien durchaus würdig und geeignet. Der Verkehr zwischen den Beamten und der preussischen Staatsregierung solle durch die Vermittlung des jeweiligen Staatssekretärs erfolgen. Auch die Anforderung von Akten solle über den Staatssekretär erfolgen. Das Kabinett Braun sei jedoch ungebunden in der direkten Maßnahmenahme mit den stellvertretenden Reichsstaatsministern, die ihrerseits nur dem Staatssekretär Mitteilung machen müßten. Die Zusammenarbeit bezüglich der Funktionen des Staatsministeriums Braun gegenüber dem Landtag und dem Staatsrat sollte nach den Vorschlägen Brachts mündlich erfolgen.

Brauns Schreiben an Hindenburg.

Der angelegentlichste Brief des geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten Braun an den Reichspräsidenten ist im Büro des Reichspräsidenten eingegangen. Der Reichspräsident hat in einem persönlichen Brief dem preussischen Ministerpräsidenten Braun mitgeteilt, daß er das Schreiben Brauns zur Stellungnahme hinsichtlich der darin enthaltenen rechtlichen Darlegungen an den Reichsstaatssekretär weitergeleitet habe.

Das Schreiben Brauns an den Reichspräsidenten ist inzwischen von der alten Preussenregierung veröffentlicht worden. In ihm wird der Reichspräsident gebeten, die lokale Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu veranlassen, damit es dem Lande Preußen und dem Reiche erspart bleibe, daß nochmals der Staatsgerichtshof angerufen werden müsse. Es heißt dann in dem Schreiben, die Staatsminister müßten es nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Nutzen, daß Justizminister des Landes in weitem Umfange vorübergehend auf das Reich übertragen werden, sie hätten aber

Anspruch darauf, daß sie in ihr Amt als Staatsminister und als Landesregierung ohne jeden Vorbehalt wieder eingesetzt werden. Das sei bisher nicht geschehen. Braun geht dann in längeren Ausführungen auf die Frage der Diensträume ein und meint, es sei eine grundsätzlich falsche Auffassung, daß der Reichsminister für den Landesminister Dienstleistungen zu leisten hat. Es sei vielmehr Sache der Landesregierung, dem Reichsminister die erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Den Vorbehalt, Diensträume in den Räumen des Ministeriums für Volkswirtschaft bereitzustellen, könne die Landesregierung nicht als genügende Wiedereingliederung der Minister in ihre Ämter ansehen. Sie entnehme hieraus im Gegenteil den Willen, die von ihren Ämtern fernzuhalten. Den allgemeinen Gespögenheiten, ja sogar den internationalen Gespögenheiten würde entsprechen, das eingetretene Reichsministerium sich zunächst bei der Landesregierung vorzustellen.

Wenn der Reichspräsident es nicht für möglich gehalten habe, seinen, Brauns, Wunsch, die Verordnung vom 20. Juli aufzuheben, zu entsprechen, so bedauere dies die Staatsregierung aufrichtig, füge sich aber selbstverständlich denjenigen Anordnungen, zu denen der Reichspräsident nach der Verfassung und der Auslegung der Verfassung durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes befugt sei. Um so mehr sei es aber unter diesen Umständen die Pflicht der Kommissare des Reiches, der verfassungsmäßigen Landesregierung mit der erforderlichen sachlichen und formellen Achtung ihrer Rechte zu begegnen. Sündenbühne wird abgeben, die wenig ritterliche Art und Weise der Kommissare des Reiches abzuhellen.

Zum Schluß wird betont, die Staatsregierung wolle der Arbeit der Reichsministerialkommissionen Schwierigkeiten bereiten. Die Staatsminister wären zufrieden, wenn sie die ihr obliegenden Aufgaben, zu deren ordnungsmäßiger Durchführung sie verpflichtet seien, möglichst bald nachfolgend in einer verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung übergeben könnten.

Burgfrieden nach der Wahl.

Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen vom 6. bis 19. November.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahlsieger in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzielt.

Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 beschränkt. Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt und daß den Beteiligten, an deren Dienst die letzten Wochen erhebliche Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungsphase genügt wird.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die auf Grund des Beschlusses des Gemeindevorstandes vom 26. September 1932 für die Gemeindeparafisse zu Annaburg (Bez. Halle) anzuwendende Satzung ist durch den Herrn Oberpräsidenten zu Magdeburg durch Verfügung vom 19. Oktober 1932 — D. V. 13568 B. — bekräftigt worden. Die bisherige Satzung vom 12. November 1928 tritt damit außer Kraft.

Gemäß § 40 der Satzung vom 19. Oktober gehen wir hiermit bekannt, daß die neue Satzung in den Gehöftsräumen der Gemeindeparafisse zur öffentlichen Kenntnis ausliegt.

Annaburg, den 3. November 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

Betr. Schöngel.

Die Schöngel für weltliches Aufsehlwid beginnt entsprechend der Verordnung wegen Zugabe des Aufsehlwides vom 22. Januar 1912 (G. S. 11) für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg mit dem 16. Dezember 1932, so daß der 15. Dezember 1932 der letzte Jagdtag ist. Merseburg, den 26. Oktober 1932.

Der Bezirksauswärtiger zu Merseburg.

Veröffentlichung: Torgau, den 31. Oktober 1932.

Der Landrat. J. B. Matto.

Veröffentlichung: Annaburg, den 5. November 1932.

Der Amts-Vorsteher als Ortspolizeibehörde.

Notales und Provinzielles.

Hauschlachtungen sind schlachtsteuerfrei. Durch § 13 des Schlachtsteuergesetzes vom 8./21. Juni 1932 ist der Finanzminister ermächtigt, Schlachtungen von Schweinen für den Verbrauch im eigenen Haushalt (Hauschlachtungen) von der Steuer von Schlachtungen ganz oder zum Teil zu befreien. Von dieser Ermächtigung hat der Finanzminister durch Artikel 7 der Durchführungbestimmungen Gebrauch gemacht. Hauschlachtungen zur Deckung des eigenen Haushalts (die haushaltsangehörigen Familienmitglieder und das vom Besitzer verpflegte Dienstpersonal) sind daher steuerfrei. Nach dem Ministerialerlaß vom 10. August 1932 sind jedoch Schlachtungen anlässlich eines Familienfestes keine Hauschlachtungen.

Annaburg. Neue Satzung der Gemeindeparafisse. Der amtliche Teil der nach dem Ausgab enthält eine Bekanntmachung der Gemeindeparafisse über die neue Satzung, die nach der Genehmigung des Oberpräsidenten jetzt in Kraft tritt. Die Satzung entspricht der für sämtliche preußischen Parafissen erlassenen Ministerverordnung, deren Abweichungen von der bisherigen Satzung in vieler Hinsicht den Beiträgen der Parafissen und ihrer Organisation Rechnung tragen. In dieser Beziehung ist es

Der Reichszanzer:

Gleichberechtigung ist das „Gefühl der Freiheit!“

Reichszanzer von Papen gewährte dem Reichspräsidenten die französische Waise „Gretchen“ eine Unterredung. Der Reichszanzer wies einleitend darauf hin, daß er aus Überzeugung optimistisch sei. „Wenn ich nicht die feste Hoffnung hätte, mich meiner Aufgabe zu entziehen, so würde ich keinen Augenblick mehr an diesem Plage verweilen.“ Man wundere sich nicht darüber, daß er des Sonntags auf den Kennplatz zu gehen sei. Er nehme aber für sich das Recht in Anspruch, nach längere, 12 bis 14stündiger Arbeit ein bis zwei Stunden ausruhen zu dürfen.

Die Parteien

seien das Unheil Deutschlands gewesen, denn durch unaufrichtigen Handel und durch die Neigung zur Theorie hätten sie das Parteiinteresse über das Staatsinteresse gestellt.

Das Volk

hingegen sei gefürdert als die Parteien. Wenn es trotzdem für die eine oder andere Partei gestimmt habe, so sei dies in Ermangelung eines Besseren geschehen. Man werfe der Regierung vor, zu sein zu sein, um die Verbindung mit dem Volke anzuziehen. Alles dieses sei jedoch nur Parteienerei. Das Volk sei anderer Ansicht. Es habe leider nur keine Sprache.

Der Reichszanzer ging sodann auf die

Frage der Gleichberechtigung

ein, die er folgendermaßen umschrieb: „Wir verlangen

das Recht, das gleiche zu tun wie die anderen Mächte, das Recht, uns zu setzen, wenn die anderen sitzen, oder leben zu bleiben, wenn es uns paßt, die Weisheit, nicht nur gebildet, sondern aufgenommen zu sein und Stimmung zu haben. Außerdem hat Deutschland ein Recht auf die materielle Sicherheit, und es gibt außerdem noch den Nationalstolz und die Selbstachtung.“

In Lausanne habe er eine offene Ansprache mit Ministerpräsident Serrioli gehabt, der seine Gedanken genau fenne. Er habe Serrioli gesagt, daß man die öffentliche Meinung in die Hand nehmen müsse, anstatt sie über sich ergehen zu lassen.

Zu dem französischen Verfassungsplan

wolle er noch keine endgültige Stellung nehmen, solange er ihn nicht in allen Einzelheiten kenne. Immerhin glaube er, daß er vielleicht die Grundlage zu Verhandlungen abgeben könne. Es sei im übrigen ein Fehler gewesen, sich immer auf den Mangel an politischer Stabilität Deutschlands zu berufen.

Mit Ausnahme der äußersten Linken seien sich alle Parteien in Deutschland seit langem über die Außenpolitik einig. Deutschland mache große Anstrengungen, um aus der Krise herauszukommen. Man sei dabei, die Söhne wieder zu erkränken, und wenn man auf dem Gipfel angelangt sei, so werde ein freies Deutschland im Rahmen freier Staaten seine Verbindungen mit denjenigen der anderen Mächte zum Behen der „europäischen Solidarität“ vereinen.

Annaburg. (Konzerlabend.) Mitte dieses Monats wird die Rohr-Rakete nach längerer Pause wieder einmal mit einem vollständigen Streichkonzert an die Öffentlichkeit treten. Das Konzert wird in Gemeinschaft mit dem Zehner Stadtdirektor durchgeführt werden. Auf die Anstaltung, deren Tag noch bekanntgegeben wird, sei schon heute hingewiesen. Es wäre zu wünschen, daß die Vertreter des Herrn Kameramellier M. Rohr, den besten Einwohnern recht musikalische Darbietungen zu bringen, seitens des Publikums recht reger Unterstützung fänden.

Bretlin. Am vergangenen Sonntag hielt der Männerverein vom roten Kreuz für den Landkreis Torgau, zu denen die freiwilligen Sanitätskolonnen aus Torgau, Dammshitz, Annaburg, Belgern, Schönbau, Wedderitzsch und Bretlin gehören, auf dem Marktplatz ihre diesjährige gemeinsame Rettungs- und Gasübungsübung ab. Gegen 3 Uhr traten die freiwilligen Helfer an, und der Vorsitzende des Kreisvereins, Bürgermeister Veltz-Dommisch begrüßte die Erschienenen. Alsdann gab er die der Übung zugrunde liegende Aufgabe Experimentieren eine Gasübungsübung. Alle Schüler waren teils gasvergiftet, teils durch herabfallende Wandteile verletzt. Nach 2 Kanonenschüssen eilten die drei Kolonnen und ein Gasrettungstrupp herbei, die aus dem eingebrochenen Schulhaus die Verletzten herausfanden. In kurzer Zeit waren die Patienten geborgen und mit Notverbänden versehen. Der Kolonnenarzt Dr. Jander-Bretlin hielt die ärztliche Kritik ab und lobte die korrekte Behandlung und Gauvorkühnheit der Teilnehmer. Er sprach seine Anerkennung über die gewissenhafte und flotte Ausführung der verschiedenen Aufgaben aus.

Bretlin. Der Landwehroerein Bretlin und Umgebend beschloß in seiner kürzlich abgehaltenen Generalversammlung den Austritt aus dem Kreisregierungsrat und seinen übergeordneten Verbänden, sowie Veränderung der Statuten. Von den vier anwesenden Vorstandsmitgliedern zum Kreisregierungsrat Torgau sprach Kamerad Stille Torgau zur Diskussion, wohl in der Erwartung noch einer Stimmungsänderung herbeiführen zu können. Aus der Versammlung heraus wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die großen finanziellen Lasten, die mit dem Anschluß an den Bund verbunden seien, in keinem Verhältnis zu den Leistungen ständen, umso mehr, als die Vereinsmitglieder von Jahr zu Jahr zunehmen, ohne daß durch einen Zugang von jüngeren Kameraden ein Ausgleich erfolge. Mit den erparten Bundesbeiträgen soll ein Fonds geschaffen werden, der es dem Verein ermöglicht, auch seinem letzten Kameraden gegenüber die Leistungspflicht zu erfüllen. Wenn der Verband seine Beiträge auf ein ertägiges Maß herabsetze, so sei die Möglichkeit gegeben, daß man dem Bund wieder beitrete. Nach Schluß der Debatte ließ der Vorsitzende noch einmal abstimmen. Die Abstimmung zeigte aber dasselbe Ergebnis wie bei der ersten Abstimmung.

Bretsch. (Der Pferdedieb von Hannover in Bretsch.) Vor etwa vierzehn Tagen sind in der Umgegend von Hannover des Nachts vier Pferde von der Weide entführt worden. Das letzte dieser Tiere hat der Pferdedieb bei einem Landwirt in Globig ungetauft. Mit dem Stallpferde fuhr er nach Bretsch, wo er am Montag Station machte und Futtermittel füllte, dabei aber entlarvt wurde. Auf polizeiliche Benachrichtigung war der rechtmäßige Eigentümer des Pferdes nach Globig gekommen und holte dort sein Pferd ab während der Dieb sein Stallpferd wieder dort hin absetzen mußte. Er ligt nun mit Frau und kleinen drei Kindern auf seinem Gehobelt in seinem Wohnwagen und wartet der Dinge die kommen sollen. Der Diebstahl wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Mauden. 1. November. (Eltreppenbau vollendet.) Nachdem bereits im Sommer von den Bühnenarbeitern des Wasserbauamtes Mühlberg eine Steintrappe in die Föschung des Intelschischen Debarres gelegt worden ist, wurde nunmehr an der hiesigen Regalschleuse der Bau dreier Steintrappen fertiggestellt. Die Trappen haben den Zweck, den Verkehr zwischen dem Bühnenweg und den Wasserfahrzeugen zu erleichtern und ein Abgleiten der Personen zu verhindern.

Torgau. Einen Strich der Krankenkasse ausgenutzt. Durch Urteil des Amtsgerichts Pretzin war der Tischler Karl S. aus Annaburg wegen Unterschlagung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden. S. war von einer in Annaburg wohnhaften Wäscherin beauftragt, das ihr noch zulebende Stillege bei der Landkantenfabrik in Torgau abzuholen. Verlehnlich wurde dem Beauftragten aber ein höherer Betrag ausgezahlt. Der Angeklagte verlor das Geld mit guten Freunden in der Kneipe. S. legte hartnäckig und behauptete das zuviel erhaltene Geld an die Auftraggeberin abzuführen zu haben. Die 2 Strafämter des Landgerichts Torgau als Berufungsinstantz war von der Schulds des Angeklagten völlig überzeugt und verwarf gestern seine Berufung.

Torgau. (Die gefährliche Bräutungsfrage.) Auf der Straße nach Zwickau ereignete sich wieder in der ersten Kurve ein Verkehrsunfall. Ein Motorradfahrer aus Dauschigen verlor in der Kurve die Gewalt über sein Fahrzeug. Der Fahrer stürzte über das Motorrad und zog sich dabei Verletzungen zu. Mit dem Krankenauto wurde der Verletzte abtransportiert.

Wittenberg. (Heute Erinnerungsfest an die Schlacht bei Lützen.) In der Sonntaglichen Kirche gedenkt man überall am heutigen Abend des Helbenodes ihres Retters in schwerer Gefahr, des Königs Gustav Adolf von Schweden, der vor 300 Jahren sein Leben auf dem Schlachtfeld zu Lützen gelaufen und durch seinen Opfertod die evangelische Kirche Deutschlands vor dem Untergang bewahrt hat. Zu der für heute nachmittags angelegten Feier zur Wiederkehr des 300. Todestages des Königs Gustav Adolf wird neben vielen auswärtsigen Gästen auch ein Sonderzug mit Gästen aus Schweden erwartet. Im Lutherkhof werden die fremden Gäste von Herrn Oberbürgermeister Warm namens der Stadt und von Herrn Regierungspräsidenten a. D. D. von Gersdorff namens des Kuratoriums der Lutherhalle begrüßt. Hierauf beginnen die Führungen in zwei Gruppen. Die erste Gruppe besichtigt zuerst die Lutherhalle, sodann die Schloßkirche, die zweite Gruppe zuerst die Schloßkirche, sodann die Lutherhalle. Nach einer Mittagspause wird von 2.45—3.30 Uhr die Stadtkirche besichtigt. Um 4 Uhr beginnt der feierliche Gottesdienst in der Stadtkirche. Hierbei soll das Mittelschiff für die schwedischen Gäste vorbehalten werden. Unter den Schweden befinden sich unter anderen prominenten Persönlichkeiten auch zehn Offiziere des Reiterregiments, an dessen Spitze Gustav Adolf in der Schlacht bei Lützen den Tod gefunden hat. Bei der Lützenfeier in der Stadtkirche wird u. a. auch der schwedische Bischof D. Stabener eine Ansprache halten. Die von der

Kirchgemeinde Wittenbergs dem Andenken Gustav Adolfs gewidmete Inschrift wird in dem Fühboden der Kirche in der Nähe der Bugenhagenkapelle angebracht. Die Inschrift lautet: „Gustav II. Adolf“. Darüber steht ein Kreuz mit der Jahreszahl 1632.

Pfeifers. Eine anerkanntenswerte Geistesgegenwart bewies der im Schlosswerk beschäftigte Arbeiter Karl Bledschmidt, der zwei seiner Kollegen in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag vor schlimmen Schoden bewahren konnte. Die beiden Arbeiter erhielten beim Einschalten eines Motors im Refektorium einen starken elektrischen Schlag und blieben an der Leitung hängen. Bledschmidt eilte herbei und löste die Bedauernswerten mit Unflucht, Gelächel und Geistesgegenwart von der unfeindlichen Fessel. Durch das sofortige Eingreifen kamen die beiden Verunglückten mit dem Schreden davon; es wäre zu spät gewesen, wenn die Ausschaltung des Stromes erst an entfernter Stelle hätte erfolgen müssen. Bledschmidt wurde von der Werksleitung für sein brauourdiges Verhalten mit einer Belohnung ausgezeichnet.

Trüblich. (In einen Bruch hineingerissen.) Mittwochmorgen zeigte sich auf der Kreisstraße nach Bad Liebenwerda, kurz hinter dem Dorf, an der Stelle, wo früher eine Kohlenbahn unter der Straße herführte, ein Bruch, der quer über die Straße geht. Als drei Arbeiter, Nürbachen aus, nach Erbreich nach. Die drei Radfahrer kamen zu Fall und stürzten in den Bruch, aus dem sofort Wasser herortrot. Zwei der gestürzten Arbeiter, die bis zu den Schultern versunken waren, zogen sich leichtere Verletzungen im Gesicht zu und wurden später von Werksarbeitern verbunden. Der Bruch hat eine Länge von 10 und eine Breite von 3 m. Darüber hinaus weist die Straße Risse auf. Der Bruch dürfte auf Unterpflügel oder Rohrbruch zurückzuführen sein.

Theater-Schau.

Zu der am kommenden Dienstag stattfindenden Theateraufführung „Das Nürnbergische Ei“ durch die Wanderbühne der Gesellschaft für Volksbildung, bringen wir hier eine kurze Inhaltsangabe: In dem Schauspiel „Das Nürnbergische Ei“ zeigt der Schöpfer des Wertes, Walter Haslam, einen schaffenden Menschen, der vor die Entscheidung gestellt wird, sich für den lebensunordnen Augenblick zu erhalten oder für eine große, weltbelebende Idee sein Leben einzuflehen. Das Stück führt uns in das deutsche Mittelalter, in die Stadt Nürnberg, somit also in eine Zeit und Umgebung, wo die schöpferischen Kräfte so stark fluteten, daß

wir ihnen noch heute herrliche Werke danken. Bekanntlich hat Richard Wagner in seinen „Meisteringern von Nürnberg“ jene Zeit wieder zum Leben erweckt. Hier wollte jüdischen Künstlern, wie dem Maler Albrecht Dürer und Peter Vischer, der den Steinmetzen in der Sebaldus-Kirche gesungen hat, der Mediziner Peter Henlein, dem wir die Erfindung der Taschenuhr verdanken. Er ist die Hauptgestalt von Harlan Schuppiel. — Der Weltumsegler Martin Behaim bellag es, daß in den Schiffen die Uhren nicht richtig gehen, weil Babel und Gewichte „feckant“ werden. Auf seine Anregung, eine Schiffuhr zu bauen, um die hohe See und damit die Welt zu beherrschen, gelang Peter Henlein Schritt um Schritt seine Erfindung. Aber es kommt etwas dazwischen, Henlein hat am Reichtum ein Geschwür, und es stellt sich heraus, daß es der Krebs ist. Wenn das Gewächs bald geschnitten wird, ist Rettung möglich, doch ist das Gelingen der Operation nicht so eindeutig sicher, daß nicht — vielleicht — die halbertriebene Erfindung doch unvollendet bleiben könnte. Und deshalb vermögen Mut und Behandlung des befreundeten Arztes, Bitten des treuen Gefellen, selbst alle verzweifelten Verläufe der innigst geliebten Frau nicht, den Mediziner Henlein nachzulassen zu mögen in seinem Entschluß, das Leben hinterzulassen, um der Welt mit seiner Erfindung einen unermesslichen Dienst zu erweisen. Henlein opfert sein irdisches Glück, opfert sein Leben, aber seine Seele wird einmal „den Leuten in den Tausen tiden“.

Turnen, Spiel und Sport.

Regel-Sport. Der Regelclub „Germania“ lebt noch, das beweisen die Resultate, welche am Donnerstag beim vierten Monatspreisfesten erzielt wurden. Von 13 beteiligten Mitspielern wurden auf 50 Regeln folgende 6 Befestigungen erzielt: 1. Preis Kurt Hofmann 285 Holz, 2. Preis Hans Schäfer 283 Holz, 3. Preis Richard Beyer 273 Holz, 4. Preis Willy Hofmann 263 Holz, 5. Preis Karl Simon 249 Holz, 6. Preis Paul Baber 249 Holz. Die Ergebnisse sind als sehr gut zu bezeichnen und wir freuen daraus, daß die Regelbrüder ihren Club gut vertreten nach ihrem Sprichwort: „Sinnar treu dem Club „Germania“ bleibt die keine Regelfahrer.“ Gut Holz!

Kirchliche Nachrichten.

Am 24. Sonntag nach Trinitatis:
Annaburg. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Herr Pf. Schrock.
 Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst.
 Abends 7 Uhr: Bibelstunde.
Burzen. Nachm. 1 Uhr: Gottesdienst.
Löben. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst. Herr Pf. Dblert.
Katholische Kirche. Sonntag, 6. November, vorm. 11 Uhr Gottesdienst, vorher Beichtgelegenheit.

Markt-Kalender.

7. Noobr.: Stammmarkt in Pretzin.
 8. Noobr.: Schweinemarkt in Schweinitz.
 9. Noobr.: Schweinemarkt in Herzberg.

Tiefgebeugt vom bittersten Schmerz durch das Hinscheiden unseres lieben Sohnes

Werner

welcher uns im Alter von 8 Jahren durch den Tod entzissen wurde, sind wir getrobt durch das allseitige Beileid, welches uns durch Kranz- und Gelübden von Bekannten und Verwandten entgegengebracht wurde. Wir sprechen auf diesem Wege allen unsern herzlichsten Dank aus. Besonders dank den Herren Lehrern und der lieben Schulfamilie für den reichen Blumenbesuch, des Beileid zum Grabe, den Trauergeleit und für die Gelübden. Weiterhin Dank auch den Trägern vom Radfahrer-Verein, sowie Herrn Pfarrer Schrock für die tröstlichen Worte am Grabe.

Die aber, lieber Werner, ruhen wir ein „Ruhe sanft“ in Deine allzu frühe Gruft nach!

Die tieftrauernde Familie Ernst Winkler, nebst Großeltern und Verwandten.

N a u d o r f, den 3. November 1932.

Fruchtbar ist das Tode Watten, Alles senkt er in das Grab. Blumen, die sich kaum entfalten, Antikt er unerbittlich ab.

Ruhe sanft im Schoß der Erde, Du geliebter, guter Sohn, Deine fromme Seele werde seliger vor Gottes Thron.

Nach du, deiner Eltern Freunde, Feuer, heißgeliebter Sohn, In des Lebens Blütenkleide Schläfst du den letzten Schummer schon.

Warum Radio hören?

Um das Leben angenehmer und abwechslungsreicher zu gestalten. Jeden Tag bringen die Sendestationen eine Fülle erster und besserer Darbietungen aller Art. Daraus wählen Sie, was Ihnen gefällt und Ihr Leben wird schöner, denn Freude und Erlebnis bringt Ihnen Radio.

Der neue Mende 138

ist zuverlässiger Mittler. Rein und laut im Ton, ohne Störungen unter Ausnutzung anderer Sender. Lassen Sie sich ihn bitte unverbindlich mit den neuesten magnetischen und dynamischen Lautsprechern bei mir vorführen.

Hermann Meyer sen., Torgauer Straße 7.

Altku-Verkauf! Sämtliche Ersatzteile! Audions-Batterien! Ein gebrauchter Löwe-Empfänger mit Lautsprecher besonders preiswert abzugeben.

Spielfarten (deutsche u. französische) empfiehlt Herm. Steinbeiß.

Gehwertücher in guter Qualität zu veranschaulichten Preisen.

J. G. Fritzsche.

Blitzsauber werden Ihre Ofen, Herde, Ofenrohre usw. durch unsere streichfertige und absolut hitzebeständige **Bendalin-Silberfarbe** und **Ofen-Emaille-Lack**, tief schwarz. Bestes Rostschutzmittel!

J. Kählig's Nachfolg.
 Inhob.: Martha Müller, Mühlentstraße 40.

Hand-Weiterwagen in allen Größen zu haben bei **J. G. Fritzsche.** Inh.: Martha Müller

Empfehle in Ia Qualität zu billigsten Preisen: **Öl** Maschinen-Motoren-Zentrifugen-Fahrad-Fühboden-Einoleum-Moy- und Brenn-Stauffer, Wagen- u. Lederfette Zirkran Bohrerwachs Lohse und in Packungen Möbel-Politur **J. Kählig's Nachf.** Inh.: Martha Müller

Für 27.-Mk. den eleganten **Herren-Mantel** tadellos in der Verarbeitung, gediegen und mäßig in Stoff und — den Zeiten entsprechend — **preiswerter denn je!**

Herren-Sacco-Anzüge von 18.— Mk. an

Die elegante **Damen-Garderobe** zu bekannt billig. Preisen

Ernst Peschke
 Ackerstraße 16
 Das Haus der guten Qualitäten!

So soll Ihr Wintermantel sein

Cigarren-Einkauf ist Vertrauens-Sache, die lehrt, diese Waren in guten, soliden **Fachgeschäft** zu wählen. **Höchste Leistungen** der feinsten deutschen Industrie in **Cigarren** und **Cigarillos**, größte Auswahl in **Marken-Cigaretten** und **Rauchtabaken** bietet Ihnen das zuverlässige **Fachgeschäft**

Rabatte! **Louis Hofmann,** Torgauer Straße 20

Zur vollwertigen Vorbildung der Lehrer.

Etwa gegen Aufnahmepflicht in den pädagogischen Lehramt. In einer Eingabe an den Reichskommissar Dr. Bracht...

Die Notlage der Kriegsofopfer.

Tagung des Reichsverbandes Deutscher Kriegsofopfer e. V. Der Verbandssitzung des Reichsverbandes Deutscher...

11 Millionen Mark nimmt die Reichsbahn täglich ein.

Die Reichsbahn kann im Oktober eine — wenn auch geringe — Steigerung der Einnahmen verzeichnen. Während im August und September ein...

Keine Serabotung des Pensionsalters der Beamten.

Berlin. Entgegen anderslautenden Meldungen wird an zuständiger Stelle erklärt, daß eine Serabotung des Pensionsalters der Beamten — es wurde von 60 Jahren getrieben — nicht geplant ist.

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Der Fremde stellte sich vor als Leo Hansen, Angestellter eines Königsberger Konfektionsgeschäftes. Auch er steh...

Neuer polnischer Außenminister.

Rücktritt des Franzosenfreundes Jaleski. Der polnische Außenminister Jaleski hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das angenommen wurde. In seiner Stelle wurde der bisherige stellvertretende Außenminister, Derski D. e. zum Außenminister ernannt.

Deutschlands erste Artillerie 30 Jahre im Beruf. Weimar. Für 30jähriges Berufsjubiläum beging die in Weimar praktizierende Frau Dr. med. Mathilde Wagner...

Sunk-Ecke

Sonntag, den 6. November:

6:15: Jungmannschaft. * 6:35: Somburger Hofkonzert. * 8:00: Zeit den Landwirten. Aus der Fachpresse. * 8:10: Grenzsp...

Montag, den 7. November:

6:30: Frühgottesd. * 9:30: Selbstige Schicksale deutscher Abenteuer. * 10:10: Schulfunk. Schöner spricht zur Jugend. * 12:05: Englisch. * 15:00: Kinderstunde. * 15:45: Stunde für die reifere Jugend. Seltung oder Weien. * 16:00: Was inter...

Dienstag, den 8. November:

11:00: Aus Breslau: Die Ober, der Lebensstrom Schließens. * 11:35: Aus der Aula der Universität: Jahresfeier der Gesellsch...

Mitteldeutscher Rundfunk

Sonntag, 6. November. Leipzig Welle 259,3. Dresden Welle 319. 6:15: Vokal: Jungmannschaft. * 6:35: Frühkonzert. * 8:00: ...

Montag, 7. November. 10:15-10:30: Weltüberblick. * 14:00: Kunst- und Filmber...

Dienstag, 8. November. 10:10: Schulfunk. Die Ober, der Lebensstrom von Schließens. * 11:00: Aus Breslau. * 11:35: Aus der Aula der Universität.

mocht hatte. Mit gemutigen die Liebe und die Verehrung, die aus seinen Geschenken sprach und aus seiner rührenden Fürsorge, mit der er mich umgab. Es waren die schönsten Wochen meines traurigen Lebens...

Als ich erwachte, war es früher Morgen. Ich lag entleert in meinem Bett, und neben mir, tief am Tag, lag Leo. Entsetzt fuhr ich in die Höhe, wollte schreien und fand keinen Laut. Meine Glieder waren schwer wie Blei, im Gehirn fühlte ich eine Blüte. Wie tot fand ich in mein Kissen zurück. Dann plötzlich brach ich in lautlose Schluchzen aus. Der Mann neben mir wurde wach. Er sprach fätschliche, begütigende Worte, daß er mein Prüdelgarn sei, daß ich bald seine Frau würde und daß ich doch ja nicht meinen solle, es sei doch nur Selbstverleumdung...

(Fortsetzung folgt.)



Der 6. November.

Das große Mäffetrazen — Ein Drehpunkt des Wahlkampfes — Willensbildung für die Zukunft.

Auf eine bereits kurze Frist wie diesmal war keiner der fünf Wahlkämpfe des Jahres 1932 zusammengebrochen. Man kann auch wohl hinzufügen, daß die Wahlpropaganda deutliche Zeichen der Ermüdung und der Ermattung gezeigt hat, und zwar sowohl auf jener Seite, die diese Propaganda ausübte, wie die andere, die umworben wurde. Und doch fehlte es dem diesmaligen Wahlkampf nicht ganz an originellen Zügen. Am charakteristischsten ist vielleicht die Tatsache, daß sich diesmal die Regierung ganz grundsätzlich dem Wahlkampf überhaupt fernhielt. Sie ließ die Angriffe der Parteien, soweit diese in Opposition zu dem Kabinett Papen stehen, ohne eine direkte Gegenwehr über sich ergehen, geschweige denn, daß sie Gegenangriffe unternahm. Sie schweigend sich in allen nur denkbaren Fragen während der Wahlpropaganda aus, und zwar so intensiv, wie es sich eigentlich ihre Angreifer nur wünschen konnten. Das aber lag und liegt in der bisherigen politischen Linie des Kabinetts Papen, das es ja als „Präsidenten-Regierung“ bewußt ablehnt, und konsequenterweise auch ablehnen muß, im Wahlkampf auf der gleichen Ebene mit den Parteien oder gegen sie zu stehen. Sie betrachtet sich vielmehr als außerhalb dieses Kampfes stehend, überläßt ihn ganz und gar den Parteien. Denn sie erklärt ja oft und immer wieder ausdrücklich, daß ihr Recht und ihr Dasein aufgebaut ist allein auf dem Vertrauen des Reichspräsidenten, nicht aber auf die Zustimmung des Reichstages, auch nicht des Hinrichters. Trotz dieser Haltung des Kabinetts gegenüber dem Reichstag im allgemeinen, und den Reichstagen im besonderen hat das große Mäffetrazen um die Ergebnisse des 6. November doch wieder die übliche Begleitmusik des Wahlkampfes abgegeben, doch war ein Prophezeien diesmal womöglich mit noch größeren Unschärfen behaftet als sonst. Daß jede Partei sich für diesen Kampf bereits im voraus zum Sieger erklärt, ist ja selbstverständlich, denn gewöhnliche Vorurteile zu zeigen, diese selbstverständliche eine heutzutage als ungeschicklichkeit entwickelt. Immer noch wird, wer sich selbst aufgibt, auch von den anderen ausgegeben. Keine Siegesicherheit beweist also recht wenig; wohl aber gibt es mehr zu denken, daß der Staatsbürger zum fünftenmal den Gang zur Wahlurne antreten soll. Rückschlüsse auf die Wahlbeteiligung nun etwa aus den Erfolgen oder Mißerfolgen im Wahlkampf selbst zu machen, ist wegen dessen Mängel allzu mißlich, und so bleibt als große Unbekannte auch diesmal wieder die Frage, ob überhaupt und wie sehr die Wahlminderheit Einfluß auf das Ergebnis des 6. November haben wird.

Die Aktivität, die ohne Rücksicht auf die Wahlen vom Kabinett Papen entwickelt wurde, reicht naturgemäß aber nicht aus, um am Wahltag nun dem Wähler eine unmittelbare Anschauung, eine direkt und auffallend sichtbare Aufklärung dafür zu geben, ob dem „Papen-Kabinett“ ein Erfolg oder ein Mißerfolg beschieden ist. Dieses Programm bildet zwar einen wichtigen Drehpunkt des Wahlkampfes überhaupt, ist aber heute vorerst noch in den Anfängen seiner praktischen Durchführung. Ist doch erst am 1. November dem Kernstück dieses Planes Form und Wirklichkeit verliehen worden, nämlich der Verwerfung der Steuerzuschläge als Wahlrechtgrundlage am 1. November erfolgte ihre Vereinfachung, und ihr Einführungskurs mußte schon deswegen hoch sein, weil das Verkaufsangebot an diesen Steuerzuschlägen recht gering gewesen ist. Das kann man verstehen, denn diese Steuerzuschläge stellen ja eine ganz neue Art von Erträgen in Form von börsennotierten Werten dar. Dieser glückliche Start hat nun aber auch erfreuliche Folgen zeitigt. Schon um das Angebot zu vergrößern, dann aber auch, um nun den Zweck der Schaffung dieser Steuerzuschläge schneller zu erreichen, kommt es jetzt darauf an, die Möglichkeit ihrer Verwertung zu verbessern, sei es ihres Verkaufs, sei es ihrer Verwertung. Dieser Einführungssturz ist nun auch gerade hierfür die infallible Sicherheit, weil man jetzt am Verkaufskurs erfährt, wie hoch die Steuerzuschläge zu bewerten sind. Infolgedessen zeigte sich nun auch die Reichsbank geneigter, die Verwertungsmöglichkeit für die Gutsbesitzer auszuweiten, außerdem sollen auch die Sparkassen mitwirken. Das ist von besonderer Wichtigkeit für die Besitzer oder Empfänger der kleineren Steuerzuschläge, also

Traurige Bilanz des Berliner Verkehrsstreiks

Teilverkehr in der Reichshauptstadt

Schwierige Wiederaufnahme des Betriebes.

Der Verkehrsstreik, von dem die Reichshauptstadt in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag plötzlich betroffen worden ist, dauerte auch am Freitag noch an. Allerdings hatte die Berliner Verkehrs-Gesellschaft am Freitagmorgen auf mehreren Linien der Untergrundbahn, der Elektrischen und des Omnibusverkehrs einen Ausbruch eingeleitet, nachdem sich etwa 1500 Arbeit-willige auf den verschiedenen Bahnhöfen der Stadt eingefunden hatten.

Die Wiederaufnahme des Betriebes durch diese Arbeit-willigen war erfolgt auf Grund einer öffentlich in der Stadt angehängten Aufforderung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft an die Streikenden. In diesem Aufruf waren die Streikenden aufgefordert worden, um 2 Uhr nachmittags die Arbeit wieder aufzunehmen, da der Streikspruch für verbindlich erklärt worden sei. Den Arbeitnehmern, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten würden, wurde mitgeteilt, daß sie sich als freilose entlassen zu betrachten hätten.

Die Freien Gewerkschaften hatten sich nach Verhandlung des Streikspruchs ebenfalls für Vorabend des Streiks ausgesprochen, während die Kommunisten und Nationalsozialisten für eine Fortsetzung eintraten.

Die Aufnahme des Betriebs erfolgte zunächst unter polizeilichem Schutz, da eine große Anzahl Streikender der Wiederaufnahme des Betriebes Schwierigkeiten in den Weg legte. Auch wurden die Arbeit-willigen vielfach daran gehindert, in die Betriebsbahnhöfe zu gelangen. Auf einigen Aufzügen waren auch Strafgefangene durch Polizeibeamten der elektrischen Leitungen und Versuchsreden der Weichen verhielt worden, so daß ein Befahren dieser Strecken unmöglich gemacht worden war.

Zahlreiche Ausfahrungen.

Nach Wiederaufnahme des Verkehrs sammelten sich an zahlreichen Stellen der Stadt große Menschenmassen an, die den Versuch machten, den Notverkehr zu sabotieren. Bei einzelnen Fahrzeugen wurden die Fenstersteine eingeworfen. In Schöneberg wurden Barrikaden errichtet. Die Polizei mußte wiederholt mit der Schußwaffe in der Hand vorgehen und nahm zahlreiche Zwangsstellungen vor. Die Festgenommenen sind, wie die Polizei mitteilt, zum größten Teil Nationalsozialisten und Kommunisten. Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation tritt übrigens der Behauptung entgegen, daß Nationalsozialisten, SA-Leute und Mitglieder der NSD, an Terror- und Sabotageakten beim Streik der WVG, beteiligt seien.

Blutige Zusammenstöße.

In Schöneberg ist es als Ausfluß der Streikstimmung zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizeibeamten einerseits sowie Nationalsozialisten und Kommunisten andererseits gekommen. Die Polizeibeamten machten hierbei mehrfach von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Toier und vier Verletzte sind als Folge dieser Schieberei zu beklagen. Sämtliche Opfer gehören der nationalsozialistischen Partei an.

Von der Pressestelle des Berliner Polizeipräsidenten wird zu diesen Zwischenfällen ein Bericht herausgegeben,

in dem betont wird, daß die Polizei wiederholt versucht hatte, eine Ansammlung von etwa 1000 Personen vor einem Straßenaushof in Schöneberg auseinanderzutreiben. Die Beamten wurden dabei mit Steinen beworfen und mit Zureufen wie „Blutbunde!“ und „Verrete!“ bedroht. Einige bedrängte Beamte konnten sich nur durch Schußwaffengebrauch vor anstürmenden Menge erwehren. Eine genaue Untersuchung des Vorfalls ist durch den Berliner Polizeipräsidenten angeordnet worden.

Wie weiter bekannt wird, hat die Polizei im Zusammenhang mit dem Streik 297 Sittierungen vorgenommen. Unter den Sittierten befinden sich zahlreiche Mitglieder der kommunistischen Streikleitung sowie zahlreiche Streikposten. Ein Teil der Sittierten wurde nach Aufnahme ihrer Personalien wieder entlassen.

Neue Terrorakte in Berlin.

Die Angriffe auf die Berliner Straßenbahnwagen und Omnibusse hielten während des ganzen Nachmittags an. Von zehn Autobussen der Linie 5 fehlten acht in Ligezert im mer den Heffersfelden in den Bahnhof zurück, der neue Wagen wurde in Schöneberg beschossen. Die kommunistische Zerstörerleitung hat die Fortführung des Streiks beschlossen.

Die Direktion der Berliner WVG hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, daß in Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen genügend Fahrpersonal gemeldet habe, um auch am Sonnabend den Notverkehr in gewohnter Weise fortzusetzen. Die WVG bitte die Berliner Bevölkerung, bei der Wiederaufnahme des Verkehrs die Bemühungen der Gesellschaft und des Personals weitgehend zu unterstützen. Die Schutzpolizei habe die Anweisung, etwaige Angriffe mit allen Mitteln, nötigenfalls durch Gebrauch der Waffe, abzuwehren.

Schiedspruch im Berliner Verkehrsstreik.

Der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin hat den WVG-Schiedspruch, der von der WVG angenommen und von den Gewerkschaften abgelehnt worden war, für verbindlich erklärt. Die WVG, wendet sich nunmehr in einem plattierten Aufruf an sämtliche Arbeitnehmer mit der Aufforderung, die Arbeit bis spätestens Freitag, den 4. November, mittags 14 Uhr, wieder aufzunehmen, widrigenfalls die freilose Entlassung erfolgt.

Der in der WVG-Schiedsfrage gefällte Schieds-spruch bestimmt: Die Löhne werden für alle Kategorien, mit Ausnahme der Kraftwagenführerinnen, um 2 Pfennige gekürzt. Das Lohnabkommen gilt bis 31. Dezember 1932 mit vierwöchentlicher Kündigung. Der Manteltarif wird bis 31. März 1933 verlängert. Er ist sechs Wochen vorher kündbar und gilt im übrigen, falls keine Kündigung eintritt, für ein weiteres Jahr.

In einer Unterredung zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Blecher, Polizeikommandeur Oberst Bosen, Regierungsdirektor Reichmann und den zuständigen Regierungsstellen wurde von Regierungsseite die Ansicht vertreten, daß es sich bei dem Berliner Verkehrsstreik um einen ungeschicklichen Streit handle, gegen den ein energisches Vorgehen gerechtfertigt sei.

für umfangreiche Teile des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes. Für die Steuerzuschläge aus diesen Streifen blühen die Zertifikate eine der Zusammenstellungen zu bestehen, in denen die Gutsbesitzer zusammenfassen und damit die börsennotierte Höhe — 500 Mark — leicht erreichen. Sämtlich dieses Zweck der Verwertung von Steuerzuschlägen aus dem Mittelstande dienen. Aber — das alles verlangt für seine Durchführung einige Zeit und damit auch einige Geld. Solche Geld in den Wahlzeiten zu verlangen, ist an sich schon eine undurchführbare Aufgabe! Um wieder mehr über die heutigen Deutschland, das aus verständlichen Gründen das gewöhnliche A-warten fast verlernt hat!

Wenn der 6. November nun zum fünftenmal in

diesem Jahr der Tag ist, an dem die Verteilung politischer Art innerhalb des deutschen Volkes, genauer gesagt innerhalb der Wählermassen, festgestellt wird, so folgt doch darauf der 7. November und die nächsten Tage, Wochen, Monate. Die Zukunft also! Heute läßt es sich insofern noch gar nicht sagen, welche Kräftezusammenballungen dann an die Stelle der Kräfteverteilungen treten werden. Zweifellos werden sie den politischen Sintergrund abgeben für all das, was nun politisch, wirtschaftlich, sozial usw. vorn auf der Bühne vor sich geht. Auch wenn der Kampf jetzt nicht bloß um das Parlament gegangen ist, sondern in mancher Beziehung auch gegen das Parlament, so bleibt trotz allem immer noch jener Sintergrund als die Form, die durch die Willensbildung des deutschen Volkes geschaffen worden ist.

Dr. Pr.

Wasser und Weichheit ist nicht dasselbe!

Das beste Waschmittel kann nicht gut schäumen, wenn Sie hartes Leitungs- oder Brunnenwasser verwenden. Nur in vorher weichgemachtem Wasser wäscht man recht und vorteilhaft. Geben Sie deshalb immer vor Benutzung der Waschlaube einige Handvoll Henko in den Waschkessel. Dann haben Sie immer angenehmes Waschen bei voller Ausnutzung des Waschmittels.



Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda zum Einweichen der Wäsche zum Weichmachen des Wassers

Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkel's (M)

55 Parteien zur Reichstagswahl.

Zur Reichstagswahl treten nach Berechnungen, die auf Grund amtlicher Unterlagen angefertigt wurden, in den 35 Wahlkreisen Deutschlands insgesamt 55 verschiedene Parteien auf. An sich ist damit im Vergleich zur vorigen Wahl eine Vervielfachung um neun Parteien zu verzeichnen, doch ist dieser Anstieg weniger auf die bessere Einsicht von Splittergruppen zurückzuführen als darauf, daß die Kreiswahlleiter diesmal ziemlich viele Listen wegen verschiedener Formfehler zurückweisen mußten.

Auf Verlangen des Wahlvorstandes hat sich der Wähler vor der Stimmabgabe über seine Person auszuweisen. Es wird daher jedem Wähler empfohlen, sich mit einem amtlichen Ausweis zu versehen. Ein besonderes Ausweispapier ist nicht vorgeschrieben. Wer von der Gemeindebehörde eine Benachteiligungskarte über seine Eintragung in die Stimmliste erhalten hat, lege diese Karte vor. Wer keine solche Karte besitzt, wolle sich durch ein sonstiges Personalpapier, Reisepaß, Steuerkarte, usw. ausweisen.

Keine Wahlmündigkeit!

Die größte Gefahr, die diesmal allen Parteien droht, ist die Wahlmündigkeit und die Wahlverluste. Es ist ja schließlich begrifflich, daß es manchem schwerfällt, zum fünftenmal in diesem Jahre zur Urne zu spazieren. Die harte Verwirrung in unseren politischen Kreisen trägt ja auch nicht gerade zur Anregung des Wählers bei. Aber dies alles ist kein Grund, der Wahl fernzubleiben. Im Gegenteil, gerade wer den politischen Wirrwarr bekämpfen will, gerade wer mitwirken will, endlich Klarheit zu schaffen, um einen Weg freizubekommen, der muß wählen, der muß seine Stimme abgeben, der muß sich um seinen Gemeinwohl bemühen, der muß sich um andere Wählerinnen und Wähler vor einer schweren Gewissensfrage, denn was seit den letzten Wahlen geschehen ist, hat jedermann geradezu geschnitten, zu den politischen Dingen Stellung zu nehmen. Manche Hoffnungen sind enttäuscht, manche Hoffnungen neu erstanden. Die wenigen Wochen seit der letzten Wahl haben auf die politische Meinungsbildung stärker eingewirkt, als sonst in der Wahlperiode. Wer man sich dies alles klar vor Augen stellt, kann es nur einem Schluß geben: Du mußt wählen!

Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden.

Zustrom der Arbeitslosen wird gestoppt.

Von amtlicher Stelle wird eine längere Mitteilung über eine weitere Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden durch das Reich ausgegeben. Es werden, um zu vermeiden, daß die Wohlfahrtszahlungen ins Endlose kommen, mit Wirkung vom November ab folgende Maßregeln getroffen:

1. Für den November wird die Zahlung aus dem Wohlfahrtskassenverwechslungsfonds gegenüber dem Oktober um fünf Millionen, d. h. auf 65 Millionen erhöht.

2. Weiter werden für die Monate November 1932 bis März 1933 insgesamt 50 Millionen, also zehn Millionen monatlich, aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung für die Wohlfahrtsunterstützung verwendet. Es werden also im November die Verteilung 75 Millionen zur Verfügung stehen. Diese Beträge werden sich für die härtesten Wintermonate darüber noch weiter erhöhen, daß später die Zuwendungen aus dem Wohlfahrtsfonds noch gesteigert werden.

3. Der auf den Gemeinden unerträglich laufende fortgesetzte Zustrom der Arbeitslosen soll dadurch vorübergehend gestoppt werden, daß in der Zeit vom 28. November bis zum 31. März Arbeitslose aus der Strafenunterstützung nicht mehr in die Wohlfahrtsunterstützung kommen, also während dieser Zeit in der Arbeitslosenunterstützung zu bleiben.

4. Durch Ersetzung und Veredelung des Schließels wird den veränderten Verhältnissen (Verdoppelung des monatlichen Auszahlungsbetrages, Verschiebung zwischen den einzelnen Gruppen usw.) Rechnung getragen. Auch dies entspricht den Wünschen des größeren Teiles der Kommunen.

Die Reichsregierung vertraut darauf, daß durch diese vier Maßnahmen die Zahlung der Wohlfahrtskassenlasten in den kommenden Wintermonaten aufrecht erhalten werden kann, behält sich aber darüber hinaus Maßnahmen allgemeiner Art, die zur allmählichen Gesundung der Gemeindefinanzen führen sollen, vor.

Frankreichs Furcht vor der Reichswehr.

Der Sinn der Gestaltungen Paul-Boncour in Genf.

Die Erklärungen Paul-Boncour über den französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan im Büro der Abrüstungskonferenz in Genf haben in Konferenzkreisen ein starkes Echo gefunden. Von dem deutschen Standpunkt aus ist insbesondere festzustellen, daß die französischen Vorschläge im wesentlichen auf eine Auslösung der von Frankreich ansehend an heranzudringlich für die in der Reichswehr die Einführung eines außerordentlich beschränkten allgemeinen Wehrpflichtsystems vorsehen, das die heutige militärische Überlegenheit Frankreichs in jedem Falle unberührt lassen würde. Es erweist sich, daß der französische Plan im wesentlichen auf eine weitere militärische Schwächung Deutschlands abzielt und militärpolitische Bindungen für Deutschland in einer neueren Fassung auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen des Versailles-Vertrages abgelehnt.

Übertritt zur Deutschen Nationalen Volkspartei.

Berlin. Der Obermeister der Führerernennung Berlin und Vorsitzender des Führerernennungsausschusses des Berliner Transporterwerbes, Stadterwerber Leo Zilmer, der bisher der Bürgerlichen Vereinigung (Wirtschaftspartei) angehörte, ist, wie die Deutsche Nationalen Pressestelle mitteilt, zur Deutschen Nationalen Volkspartei übergetreten.

Getreidepreisstüßung beschlossen.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung befaßt sich in einer Kabinettsitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch, um einen Zusammenbruch der Schiffahrt, die Gefährdung der bisher für den Osten angewandten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle wirtschaftlichen Zweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern.

Die Reichsregierung hält es für ebenso wirtschaftlich dringlich, andere ebenfalls gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu stützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß die Kontingentierung der Buttereinfuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abreden ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der dauerlichen Veredelungswirtschaft verhandelt hat.

Die Reichsregierung hat veranlaßt, daß das besonders schwebende Material, das diese Verhandlungen ergeben hat, unverzüglich geschickt und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Das Flugzeugunglück im Speffart.

Auch die Leichen der beiden Piloten geborgen.

Während es mäßig war, die Leichen der drei bei dem Flugzeugunglück im Speffart um Leben gekommenen Flugzeugpiloten nach am Mittwoch zu bergen, konnten die Leichen des Flugzeugführers und des Vorfluriers erst am Donnerstag unter dem Rumpf des Flugzeuges hervorzuheben werden. Die Leichen werden in die Heimatsorte übergeführt werden.

Aber die Ursachen des Flugzeugunglücks gibt der Reichsminister für Luftfahrt noch unbekannt. Bekannt: Flugzeugführer Schulz hat Teile der Strecke Nürnberg-Frankfurt a. M. in Wolken fliegen müssen. Aber dem Speffart ist der Flugzeugführer, wahrscheinlich in dem Glauben, das Gebirge bereits passiert zu haben, nach unten durchgefallen, um vor Frankfurt rechtsseitig Erdreich zu erhalten. Beim Herauskommen aus den Wolken befand er sich in einer engen, von bewaldeten Höhen umgebenen Talsohle. Das ja die Schreie des Flugzeuges aus der unerwarteten, gefährlichen Lage hat offenbar jene Ueberanspruchung des Tragwerks hervorgerufen, der kein Flugzeug gewachsen ist. Der Unfall flügel ist bei diesem Vorgange abgebrochen. Der Motor ist nach dem Stände der Instrumente bis zum letzten Augenblick in Ordnung gewesen.

Freipruch des Kapitänleutnants Rühfus.

An der Kieler Kriegesgerichtsverhandlung wegen des Unterganges der „Niobe“ verhandelte der Beklagte folgende Urteil: Der Angeklagte wird freigesprochen.

Nach der Urteilsverhandlung in der Kieler Kriegesgerichtsverhandlung wegen des Unterganges der „Niobe“ führte der Vorsitzende, Kriegesgerichtsrat Sudz, zur Begründung der Freisprechung des Kapitänleutnants Rühfus u. a. aus: Das Gericht hat festgestellt, daß die Segelführung der „Niobe“ am 28. Juli im allgemeinen Weiterlage entsprochen hat. Ferner stellt fest, daß der Kommandant zu seiner Zeit der Ereignisse des Nachmittags des 26. Juli sich vom Weitertragen vorhat übererlassen lassen. Als der Kommandant die schwarze Wetterwolke beobachtete, trat er sofort seine erste Maßnahme, indem er die Oberseegel herunterholte. Der Kommandant kann für sich in Anspruch nehmen, daß er in der Lage war, die Wetterverhältnisse richtig zu beurteilen. Es ist nicht ein einziger Augenzeugen, der auch nur einen geringen Anhaltspunkt dafür geben konnte, daß eine Möglichkeit bestanden hätte, die Wetter vorher zu erkennen. Wenn man allen Erwägungen folgt, muß man zu dem Schluß kommen, daß der Kommandant alles getan hat, um den damaligen Weiterlage gerecht zu werden. Er ist für das Sinken des Schiffes nicht verantwortlich zu machen. Die Frage, ob der Kommandant, nachdem sein Schiff gesunken war, alles getan habe, was er tun konnte, müßte daher beantwortet werden, daß es ein Wehr in dieser Lage nicht mehr gegeben habe. Der Kommandant lag im Wasser. Auch da noch sei er als Führer seines Schiffes in Erziehung getreten, indem er nicht unterließ, diejenigen, die um ihn im Wasser trieben, zu sich heranzuziehen. Er hat alles getan, um den Mut der um ihn herum Schwimmenden aufrechtzuerhalten. Er ist, das stellt das Gericht ausdrücklich fest, ein Opfer höherer Gewalt geworden, der er mutig gegenüberstand. Diese Feststellungen mußten zum Freispruch des Angeklagten führen.

Herzlicher Empfang von Gronaus in Italien.

Der Reichsleiter von Gronaus ist im Flughafen von Florenz bei Rom am 1. November von Gronaus persönlich direkt aus Athen. Zum Empfang der deutschen Besatzung hatte sich der italienische Luftminister Balbo mit seinem Stabschef und zahlreichen höheren Offizieren eingefunden, ferner der deutsche Geschäftsträger und viele Angehörige der deutschen Kolonie. Die Begrüßung zwischen Balbo und von Gronaus gestaltete sich äußerst herzlich. Balbo zeigte das größte Interesse für die deutsche Wirtschaft und die Lage der Kolonien der italienischen Besatzung. Bei einem kleinen Imbiss brachte der italienische Minister einen warmen Trinkpunsch von Gronaus, den er „unferen Meißer“ nannte, und auf die deutsche Luftfahrt aus. Anschließend begab er sich mit der deutschen Besatzung nach Rom, um sie Mussolini persönlich vorzustellen.

100 Jahre Gustav-Adolf-Berein.

Am 6. November 1832 wurde in Leipzig der Evangelische Verein der Gustav-Adolf-Stiftung, für den Gustav-Adolf-Berein gegründet. Der Verein, dessen Entstehung sich an die Erinnerungsfest der Schlacht von Lützen, die sich damals zum 200. Male jährte, geknüpft hat, hat den Zweck, hilfsbedürftige evangelische Gemeinden, besonders in katholischen Ländern, zu unterstützen und für Erhaltung von Kirchen, Pfarr- und Schulhäusern und für Erhaltung von Friedhöfen und Leibern bei denselben Sorge zu tragen. Auf Anregung des Zeithagen Superintendenten Christian Gottlob Lebedetz Großmann widmet sich zuerst in sächsischen Städten Vereine zur Unterstützung bedrängter Glaubensgenossen. Mit Hilfe von Säus- und Kirchenkollekten sammelte man einen Fonds, deren Zinsen für evangelische Gemeinden in Ungarn, Böhmen, Bayern usw. zur Verwendung kamen. Zehn Jahre später verbanden sich auf Veranlassung des Darmstädter Superintendenten Zimmermann ähnliche Vereine, die inzwischen entstanden waren, auf einer Generalfammlung in Leipzig mit der älteren sächsischen Organisation zu einem Bunde, der sich über ganz Deutschland erstreckte und seitdem eine wachsende segensreiche Tätigkeit entfaltet hat.

Der Gustav-Adolf-Berein, der alle Richtungen der evangelischen Kirche in friedlicher Gemeinamkeit umfaßt, ist in Hundert- und Zweihundertvereine gegliedert. Seit 1851 schlossen sich auch Frauenvereine an, und später traten noch Studentenvereine hinzu. Die Gesamtsumme der im Laufe der Zeiten gewählten Unterstützungen beläuft sich auf viele Millionen Mark, die vielen tausend bedürftigen Gemeinden zugute kamen.

Deutsch-schwedische Glaubensgemeinschaft.

Die Gustav-Adolf-Fest in Stockholm.

König Gustav von Schweden empfing im Schloß zu Stockholm den Berliner Theologieprofessor Geheimrat Dr. Deichmann zur Entgegennahme einer Wohlthat, die der Deutsche Evangelische Kirchenbund zum 300. Todestag Gustav Adolfs (6. November) an die Kirche Schwedens gerichtet hat. In der Wohlthat heißt es: In einer Zeit, die an innerer Schwere den Drangsalen des Dreißigjährigen Krieges nicht nachgeben konnte, haben die Deutsche Evangelische Kirchenbund der Kirche Schwedens die Gemeinschaft des Glaubens, die Gustav in die Tat umgesetzt und mit seinem Blute besiegelt habe. In seiner Antwort an D. Deichmann sprach der König in seinen herzlichsten Dank aus für die großzügige Teilnahme Deutschlands an der schwedischen Feier, die durch die ihm übergebene Wohlthat einen so erhabenen Ausdruck gefunden habe. Die Großthat des unsterblichen Selbstopferes habe in gleicher Weise den evangelischen Kirchen in Schweden und Deutschland Segen gebracht. Mögen die beiden Kirchen fortwährend im Geistes Gustav Adolfs zur Erfüllung ihrer christlichen Mission gemeinsam weiter wirken.

Deutsche Ehrung für den schwedischen Erzbischof.

Bei der Gustav-Adolf-Gedächtnisfeier in der stolzer deutschen Kirche wurde außer den Promotionen schwedischer Gelehrter zu deutschen Ehrendoktoren auch die Ernennung des Primas der schwedischen Kirche, Erzbischof Erling Edman, zum Ehrensenator der Universität Halle-Wittenberg bekanntgegeben. Professor von Dohrnig hatte über die Ernennung des Erzbischof die Urkunden und Äußerungen seiner neuen Würde. Nach der Gedächtnisfeier in der deutschen Kirche veranfaßte die schwedisch-deutsche Vereinigung ihr großes Gustav-Adolf-Fest, zu dem sich u. a. Prinz Karl, der Bruder des Königs von Schweden, eingeschrieben hatte. Auch die Vertreter der deutschen Universität und der Reichswehr nahmen daran teil, desgleichen der Gesandte von Posen. Nach einer stimmungsvollen Ansprache des Erzbischof die Urkunden und Äußerungen seiner neuen Würde. Nach der Gedächtnisfeier in der deutschen Kirche veranfaßte die schwedisch-deutsche Vereinigung ihr großes Gustav-Adolf-Fest, zu dem sich u. a. Prinz Karl, der Bruder des Königs von Schweden, eingeschrieben hatte. Auch die Vertreter der deutschen Universität und der Reichswehr nahmen daran teil, desgleichen der Gesandte von Posen. Nach einer stimmungsvollen Ansprache des Erzbischof die Urkunden und Äußerungen seiner neuen Würde. Nach der Gedächtnisfeier in der deutschen Kirche veranfaßte die schwedisch-deutsche Vereinigung ihr großes Gustav-Adolf-Fest, zu dem sich u. a. Prinz Karl, der Bruder des Königs von Schweden, eingeschrieben hatte. Auch die Vertreter der deutschen Universität und der Reichswehr nahmen daran teil, desgleichen der Gesandte von Posen.

Furchtbare Familientragödie.

Gehtau und Sohn in einem Schuppen verbrannt. Ein furchtbares Verbrechen hat sich in Dabrowole im Kreise Albus an der memelländischen Grenze zugegetragen. Der Wirt Dabrowolff führte frühmorgens seine Frau mit einem Auftrage in einen Schuppen. Ohne sein Wissen gab seine im Hause lebende Mutter ihrem fünf, dem höchsten Sohne des Wirters, die Bestimmung, der Mutter im Schuppen zu helfen.

Amlich sahen die Nachbarn Flammen aus dem Schuppen herausströmen. Es ist hinzuzufügen, fanden sie, daß die eine Tür des Schuppens verriegelt, die andere zugewunden war. Ehe es gelang, die Türen zu öffnen, brach der Schuppen in sich zusammen. Aus den Trümmern saug man die verkohlten Leichen der Frau und des höchsten Jungen Mannes.

Dem Wirters wird vorgeworfen, das Feuer auf Anstiftung seiner Geliebten selbst angelegt zu haben, um die Frau aus dem Wege zu schaffen. Dabrowolff hatte seine Frau oft mißhandelt und ihr mit Dorschlag gedroht.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Hülsenfrüchte per 1000 Hektogramm, sonst bei 100 Hektogramm in Reichsmark:		4. 11. 3. 11.	
Weiz., mär.	196-198 200-202	Weißk., f. Wn.	9,0-9,4 9,0-9,4
„sommerlich	—	Wassk., f. Wn.	8,2-8,6 8,2-8,6
Roog., mär.	155-157 156-158	Raps	—
„herbstlich	170-180 170-180	Leinöl	—
Sommergerh.	—	Wittoriaerh.	22,0-26,0 22,0-26,0
Südergerh.	162-169 162-169	U. Zehrfers.	20,0-26,0 20,0-26,0
Wintergerh.	—	Putzererh.	14,0-16,0 14,0-16,0
Hafer, mär.	133-138 134-139	Wollschafw.	—
„sommerlich	—	Ackerbohnen	—
„herbstlich	—	Wicken	—
Wassersch.	—	Wicken, blaue	—
per 100 kg	—	Lupine, gelbe	—
fr. Weiz. fr.	24,0-27,5 24,0-27,5	Serradelle	—
„herbstlich	—	Erbsen	10,0 10,0
„sommerlich	—	„weiße	10,8-11,2 10,8-11,2
fr. Weiz. fr.	20,5-22,6 20,6-22,7	Trödenersch.	—
„herbstlich	—	Schafsch.	10,2-10,8 10,2-10,9
„sommerlich	—	Kartoffel	—

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis mit monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Borgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ
für Amts- und
Gemeinde-Behörden



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldpfennig, für außerhalb des Rahmens 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schwermere und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesagelle.

Feinprint-Anschluss Nr. 224.

Nr. 133.

Sonnabend, den 5. November 1932.

35. Jahrg.

Bapens Wahlrede

Reichstagsler von Bapen hielt im Rundfunk eine Ansprache, in der er ausführt:
Der Wahlkampf nähert sich dem Ende. Da ist es Aufgabe des verantwortlichen Staatsmannes, dem deutschen Volke noch einmal ein klares Bild der Lage und seiner Zukunft zu geben. Tiefste Trauer muß die Brust jedes Patrioten erfüllen, wenn er die geistige Verwirrung seines Volkes sieht — tiefe Trauer, wenn er sieht, wie das Vaterland, seine Ehre und Grabschuldung tiefen Furchen durch die deutsche Volkseele ziehen — und das alles in einem Augenblick, wo nationale Sammlung und Einheit sich so notwendig und wirtschaftlich dringender als je zu realisieren sein sollte.
Um was geht der Streit? Er geht um die Verwirklichung einer neuen Staatsführung, einer Staatsführung des Zusammenwirkens eines arbeitsfähigen Parlaments mit einer autoritären Regierung. Da ist es freilich nicht verwunderlich, daß

die Parteibürokratie,

die bis heute geübt hat, sich aufzumuntern und einen Kampf gegen alle inszeniert. Sie alle kennen diese Parteibürokratie zu gut, als daß ich Ihnen ihre Methoden, ihre Intrigen, ihre Einfälle, ihre politische Unfruchtbarkeit heute noch einmal zu schildern brauche.

Wie hatten wir seinerzeit den Kampf der Hitler'schen Bewegung gegen den Marxismus und für die nationale Erneuerung bestritten? Wie hatten wir gehofft, daß er die der völkischen Jugend verfallene Arbeiterbewegung der nationalen Sammlung zuführen sollte. Inbes sein Eindruck in die Reihen der roten Front ist leider nur gering geblieben, und das ist sicherlich nicht die Schuld dieser Regierung, die ihm und seinen Propagandamethoden zum letzten Wahlkampf und heute so freie Hand wie nur möglich gelassen hat. Aber es ist nicht verwunderlich, daß Herr Hitler in jenen Reihen keine Regierungen macht, und er für die nationale Sammlung die gleichen Methoden des Massenkampfes, der Verleumdung und Verbeugung anwendet, in denen jene ihm weit überlegen sind.

Das große Ziel,

das die Reichsregierung verfolgt: die Beschaffung von Arbeit und Brot. Ist das Programm gescheitert? Im Gegenteil, aus allen Orten des Reiches melden mir die Arbeiter der Wirtschaft. Das Programm ist arbeitsreich, und wenn diese Verbeugung der letzten Wochen nicht einen Teil des Vertrauens in der Vernunft des deutschen Volkes zu erschüttern gedroht hätte, dann wären wir heute schon viel weiter.

Wenn sich Herr Hitler in den gemeinsamen Zug mit dem großen nationalen Deutschland setzen will, dann darf er auch nicht die Strampelhaftigkeit besitzen, die Stellung der um die Gleichberechtigung und Rechtsbehörden der Nation kämpfenden Regierung durch einen

Dankeschuß in den Rücken

zu schwächen. — Will eigentlich die nationalsozialistische Bewegung die Vormundschaft der Parteien über die Reichs- und Staatsführung abschaffen, oder will sie sie verewigen? Fast scheint das letztere der Fall. Denn vor dem 13. August hat sie uns in ihrer Presse aufgefordert, in Preußen Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Heute aber findet sie, daß das Eingreifen in Preußen unbedeutend war, beschließt mit den Kommunisten, daß die preussischen Beamten nicht zum Gehorsam gegen uns verpflichtet seien, und setzt das Parlament zum Schicksalsrichter über die Geschichte der Nation ein. Wo ist da Wahrheit, Klarheit? Um was es geht, ist dieses: Nicht auf dieser oder jener Parteiführer auf dem Kanzlerstuhl sitzt, nicht ob dieser Mann Hitler, Brüning oder Bapen heißt. Es geht darum, daß wir uns zusammenfinden, um die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu sichern. Der Kampf, den diese Regierung führt, hat nichts im Auge als

die Not der Familie

in Stadt und Land, an deren fernem südeuropäischer Hunger und Verzweiflung zu Gefüge sitzen. Unser Amt ist wahrlich keine Herrschaft irgendeiner Klasse.

Diese Regierung vertritt keine Partei, und sie wird für keine Partei. Aber jeder, der es ernstlich mit Deutschland meint, sollte in diesem Wahlkampfe seine Stimme einer Partei geben, die das Ziel dieser Regierung unterstützt.

Unsere Arbeit bricht für uns. Man kann nicht in fünf Monaten sechs Millionen Arbeitslose von der Straße bringen und Reformen durchführen, auf die das Volk

Der neue „französische Plan“.

Für Völkerbundarmee — gegen Berufsheer

Genf, den 4. November.

Das Büro der Abrüstungskonferenz hörte in einer Sonder Sitzung vor überfülltem Saale die große Erklärung des französischen Kriegeministers Paul Boncour über den neuen französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan an. Paul Boncour sprach eine Stunde lang frei mit großem rhetorischen Aufwand. Er führte u. a. folgendes aus:

Der „französische Plan“ sieht zwei Kreise von neuen vertraglichen Vereinbarungen vor. Der erste Kreis plant eine allgemeine, alle Völker umfassende Verpflichtung, die im wesentlichen auf dem Briand-Kellogg-Vertrag aufbaut. Der zweite Kreis der vertraglichen Vereinbarungen soll, so führt Paul Boncour fort, vom Völkerbundvertrag und Locarnovertrag ausgehen, ohne daß eine zeitliche Veränderung dieser Verträge stattfindet. Ein solcher Vertrag muß besonders zwischen solchen Nationen abgeschlossen werden, deren beiderseitige Grenzen in den letzten Jahrhunderten oft überschritten worden sind. Ein derartig scharf untriffler und bestimmter Vertrag muß die Vereinheitlichung des Heeres, die entscheidende Herabsetzung der Wehrmacht und die Schaffung einer internationalen, dem Völkerbund zur Verfügung stehenden Streitmacht zum Gegenstand haben.

Die Vereinheitlichung des Heeres

muß von dem Gedanken ausgehen, daß jede militärische Macht relativ ist und daher auch die Herabsetzung nur relativ sein kann. Eine scharfe Unterscheidung muß auch zwischen dem Meer und den Polizeitruppen gefunden werden.

Das bewegliche Kriegsmaterial muß im wesentlichen der internationalen Streitmacht zur Verfügung gestellt werden, die zur Abwehr des ersten Angriffswalles eingesetzt werden soll.

Die Frage der künftigen Form der Heere

ist für die mitteleuropäischen Mächte von entscheidender Bedeutung. Die Berufsheere bilden infolge ihrer langjährigen Ausbildung und Durchorganisierung eine Angriffsarmee von entscheidender Bedeutung, die den Heeren der anderen Mächte überlegen ist. Die Vereinheitlichung der Heere gleichzeitig mit der Einschränkung der bisherigen Mobilisierung des ganzen Volkes im Angriffsfall an Stelle der Berufsheere und die internationale Streitmacht des Völkerbundes bilden die entscheidende, bisher noch nicht gezeichnete Bürgschaft für den Frieden. Die großen europäischen Großmächte müssen jetzt zu einem gleichen Typus ihrer Armeen gelangen. Das Ziel darf jedoch nicht die Schaffung gleichzeitiger Wehrheeren sein, sondern entsprechend dem Hoover-Plan müssen die Verteidigungskräfte gekürzt und die Angriffskräfte der Länder herabgesetzt werden.

Auf dem Gebiete des Luftfahrwesens muß eine internationale Luftstreitmacht dem Völkerbunde zur Verfügung gestellt werden, um ein sofortiges Eingreifen des Völkerbundes gegen den angreifenden Staat zu ermöglichen.

seit Jahren wartet. Aber überall ist der Nationalismus am Werk, die Resultate der Parteibürokratie. In Preußen ist mit eiserner Hand und durch rigorose Sparmaßnahmen in der Verwaltung und in den inneren Angelegenheiten für die Landwirtschaft und die Befriedigung der arbeitenden Klassen in Milliarden aufgewendet. Die Finanz- und Wirtschaftsprogramme sind in Preußen nicht um einen Pfennig sind unsere Schulden vermindert. All diese Arbeit ist gefördert durch die Reform der Verfassung, die den Ländern und den Parlamenten die Hoffen.

Diese Erneuerung muß unser Ziel sein, wenn wir Deutschland wählen.

Deutschland ist nur zu retten, wenn alle wieder die Geistes der Gemeinschaft und Hilfsbereitschaft der einst im Schicksalsrat der Geheimratskonferenz durch den Kameradschaft auf Tod und Verderb. Wollen wir nicht endlich gemeinsam die Nation arbeiten?

Wollen wir nicht endlich die „Durchbruch deutscher Selbstbestimmung“ schlagen? Die Schicksalsfrage, die ich vor allem auch an die junge Freiheitsbewegung Deutschlands richtet, lautet: Ist uns an unsere Christenpflicht erinnern den tiefen Sinn des Opfers der zwei Millionen besten Söhne. Wer Deutschland liebt, der folge seinem geliebten Führer in Krieg und Frieden, Wahrzeichen seine schützende und gerechte Hand Land hält.

Mit Hindenburg für ein neues Deutschland.

Bracht's Vorschläge an Braun.

Die Ausführungen des geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten Braun vor der Presse stützen auf einem Schreiben, das Reichsminister Bracht an den Staatssekretär Vredt gerichtet hatte. Darin hatte die kommissarische preussische Regierung u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der Reichskommissar der Regierung Braun das Haus in der Wilhelmstraße 64 nicht zur Verfügung

stellen könne, weil es für die Arbeit der kommissarischen Regierung Brauns nicht geeignet sei. In dem Schreiben wurde die Regierung Brauns u. a. folgende Punkte angesprochen: Die ungenutzten Räume des Wohnhauses würdig und gewöhnlich den Beamten und deren Angehörigen zu Verfügung zu stellen, die durch die Vermittlung der Regierung Brauns zu erreichen seien. Auch die Räume über dem Staatssekretariat unter der Leitung der Regierung Brauns zu übernehmen. Die Zusammenarbeit des Staatsministeriums Brauns mit dem Staatsrat sollte nach Möglichkeit erfolgen.

an Hindenburg.

Die geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten Braun an den Reichspräsidenten Hindenburg, der in einem persönlichen Ministerpräsidenten Braun mit dem Staatsrat zur Stellungnahme über die weiteren rechtlichen Verlegungen weitergeleitet habe.

an den Reichspräsidenten ist worden. In ihm wird der Reichspräsident gebeten, die lokale Durchführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu veranlassen, damit es dem Lande Preußen und dem Reich erspart bleibe, daß nochmals der Staatsgerichtshof angezogen werden müsse. Es heißt dann in dem Schreiben, die Staatsminister müßten es nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum dulden, daß Justizminister des Landes in weitem Umfang vorübergehend auf das Reich übertragen werden, sie hätten aber

